



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

F., G.: Die politische Lage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gannen. Der Humanismus flüchtete vielfach vor den finstern, bitteren, trocknen Schwarzröcken und ihrem Gezänk um neue Glaubensformeln von den hohen in die Mittelschulen, die dann länger als ein Jahrhundert seine eigentlichen Wohnstätten und Culturgärten waren. Trägt das erste Drittel des Jahrhunderts der Reformation auch im Leben der Studenten im Großen und Ganzen einen gewissen morgendlichen Charakter, so zeigen die beiden andern schon, daß es Abend werden will. Der Geist ist wieder im Entfliehen, von dem Gewaltigen, welches die neue Zeit herauftrieb, ist nur die Gewaltthätigkeit geblieben, der Wein im Becher ist Reige, das folgende Jahrhundert wird die Hefen und den Ragenjammer bringen.

Davon in einem ferneren Capitel. Vorher aber im nächsten noch einen Blick auf die fahrenden Studenten und auf das älteste Zecherrecht oder, studentisch zu reden, den ältesten Trinkcomment, die beide noch in das sechzehnte Jahrhundert gehören.

Die politische Lage.

Es ist weit gekommen in den letzten Wochen. Ganz Deutschland erhebt sich in Waffen, die Leiden des Krieges werden von der Bevölkerung empfunden, bevor er begonnen hat. Und doch wird es schwer, zu glauben, daß wirklich ein Krieg zwischen Deutschen und Deutschen bevorstehe. Preußen, Oestreich, Italien haben feierlich erklärt, daß sie nur zur Vertheidigung rüsten, sie haben sich dadurch wenigstens den Beginn des Kampfes erschwert.

Preußen und Oestreich haben allerdings ihre Rollen gewechselt. Preußen steht jetzt trotz der herausfordernden Räten seines Ministerpräsidenten und der drohenden Einberufung der gesammten Landwehr auf der Defensiv, Oestreich aber, das bis vor wenig Wochen widerwillig die Sprünge der preussischen Politik abwehrte, ist thatsächlich der angreifende Theil geworden, die Kriegslust ist dort in maßgebenden Kreisen, wenn auch nicht im Ministerium des Auswärtigen, größer als in Preußen, auch im Volke flackert ein Haß gegen den Nachbarstaat übermüthig und zerstörungslustig auf, der Tscheche, der Magyar und der Wiener versprechen freiwillig der Regierung die wärmste Unterstützung, und die östreichische Presse schürt gewissenlos den Brand.

Wer jetzt mit Widerwillen dies wüste Kriegsgeschrei und die übermüthigen Ausfälle auf Preußen mustert, wird darin rohe Antwort auf lange, ungeschickte Angriffe der officiösen Presse Preußens erkennen. Es war ein großer Uebelstand, daß der preussische Ministerpräsident Stolz und Widerstandskraft des Verbündeten, den er in unglücklicher Stunde für Preußen geworben, viel zu niedrig geschätzt hat, und es gehörte zu den vielen Tactlosigkeiten seiner Presse,

daß sie beharrlich von der Annahme ausging, Oestreich vermöge einen großen Krieg nicht zu führen. Das Gegentheil ist der Fall. Preußen hat seit 50 Jahren das Glück gehabt, in Frieden zu gedeihen, das gesammte jetzt lebende Geschlecht kennt Krieg im Lande nur vom Hörensagen. Oestreich hat seit 1848 zwei schwere Kriege geführt. Dort ist das Volk daran gewöhnt, und der Regierung ist der Entschluß nicht neu. Die Finanznoth hat zu keiner Zeit den Krieg gehindert, der Soldat nimmt, was er braucht, im Nothfall mit Gewalt. Das östreichische Volk hat gelernt, mit mangelhaftem Credit und viel Papier zu wirtschaften, es giebt ernsthafte Männer in Oestreich, welche auch nach dieser Hinsicht den Krieg fast für ein Glück halten, weil er den ohnedies schwer zu vermeidenden Staatsbankerott außs anständigste motivire. Die Soldaten aber, mit denen der Kaiserstaat seine Kriege führt, welche Bedeutung haben sie für den wohlhabenden Bürger und Gutsherrn, ja für die Regierung selbst? Die gebildeten Classen haben, wenn nicht zufällig Söhne in einem Offiziercorps stehen, mit dem Heer aus Slaven und Magyaren keinen andern Zusammenhang, als daß diese ihrem Staate dienen. In der italienischen Campagne freuten sich die Wiener sogar der freiwilligen Rüstungen, weil dadurch ihre Stadt von unsicherem Volk frei wurde. Der Krieg ist dort auch ein kritischer und leidensvoller Zustand, aber durchaus nicht in der Weise, wie im übrigen Deutschland. Das leichte Blut und die Freude an Emotionen helfen über vieles weg. Das östreichische Volk ist allerdings ein in seinen Vermögensverhältnissen längst heruntergekommener Lebemann, aber ein Verschwender in großem Stil, der immer noch die Macht hat, Andere für sich arbeiten zu lassen. Das preußische Heer aber ist die Blüthe des Volkes, in jeder Compagnie, bei jeder Batterie stehen Männer aus den verschiedensten Berufskreisen, der Beamte, der Gutsherr, der Gelehrte neben dem Ackerknecht, das Material des Krieges ist ungleich kostbarer, in der That das werthvollste in ganz Europa, und es bedarf der größten Veranlassung, um auch nur ein Regiment davon außs Spiel zu setzen.

Während nach dieser Richtung der Krieg für Oestreich weit weniger bedeutet, ist allerdings seine Waffenstärke nicht so groß, als die östreichischen Zeitungen melden. Immer hat dort mehr auf dem Papier gestanden, als in Wirklichkeit disponibel war, und der kaiserlichen Regierung war ein Krieg gegen Preußen und zugleich gegen Italien eine unlösliche Aufgabe, wenn ihr nicht gelang, die thätige Bundesgenossenschaft der deutschen Mittelstaaten zu erhalten. Dafür hat der preußische Ministerpräsident gesorgt, als er den Reformantrag in der Weise, wie geschehen, herauswarf, und die kaiserliche Regierung säumte nicht, diesen Fehler zu benutzen. Dadurch ist in der That wahr geworden, was noch vor wenig Wochen die Regierungsblätter zu Berlin ohne Wahrheit behaupteten: in Oestreich will man, wenn nicht alles täuscht, an entscheidender Stelle den Krieg. Indes liegen auch dort zwischen Wunsch und That Hinder-

nisse. Der Mangel an Geld hat nicht die Bedeutung, welche man ihm in Preußen zuschreibt, er hemmt doch. Das emittirte Papiergeld genügt nicht für die Rüstungen, und ganz imaginär ist die Hoffnung, daß Kirchenschätze und -Güter während der Krisis mehr als einige Millionen Gulden gewähren können. Einflußreicher aber muß dort die Erwägung sein, daß es auch für Oestreich immerhin ein tödtliches Wagniß ist, zugleich gegen Preußen und Italien zu kämpfen, und daß Oestreich bei solchem Kriege nichts Dauerhaftes gewinnen kann. Denn selbst bei glücklicher Kriegsführung, welche anzunehmen uns schwer wird, würde der Gewinn irgendeines Landestheils in Deutschland nur die Folge haben, statt des gegenwärtigen Systems in Preußen dort einen größeren Feind zu erwecken, eine liberale Regierung und die tödtliche Feindschaft des preußischen Volkes und der Deutschen. Graf Bismarck ist für Oestreich sehr unbequem, aber weit gefährlicher wäre eine entschiedene freisinnige Regierung in Preußen, welche mit dem Zorn wegen geschädigter Staatskraft gegen Oestreich arbeitete. Preußen durch Krieg zu schwächen, ist für Oestreich in Wahrheit nur nachtheilig; ein Krieg gegen Preußen hat für Oestreich nur Sinn, wenn er die völlige Vernichtung des preußischen Staates durchsetzt und wie zur Zeit Wallensteins, nicht nur am Hafen von Kiel, auch an der Odermündung und dem Pregel die kaiserlichen Standarten aufrollt. Und das hofft man doch selbst nicht in der Hofburg.

Man will wissen, daß in Preußen der Ministerpräsident und etwa noch einer seiner Collegen den Krieg wolle, daß aber der König dem widerstehe; man ist auch beflissen, in Abrede zu stellen, daß ein Offensivbündniß mit Italien geschlossen sei. Die große Mehrzahl des preußischen Volkes aber will den Krieg nicht, weil sie ihn für unzeitig hält. Es ist also noch einiger Grund zu der Hoffnung, daß der Friede erhalten bleibt, und wir sind noch in der Lage, über Pläne, welche nicht bereits unwiderrufliche Thatsachen geworden sind, öffentlich urtheilen zu dürfen.

Als der preußische Ministerpräsident den Bundesstaaten die Aufforderung zugehen ließ, sich für Zusammenberufung eines deutschen Parlaments zu entscheiden, begegnete ihm wieder, was ihm seit Antritt des Ministeriums jeden dauernden diplomatischen Erfolg verdorben hat, daß er sich über die Wirkung seines Antrags Illusionen machte. Er gedachte die Mittelstaaten einzuschüchtern, aber er hat sie sämmtlich in das feindliche Lager hinübergetrieben, sogar Hannover und Schwerin, und er hat ihnen eine Bedeutung in deutschen Angelegenheiten gegeben, welche sie seit dem Jahre 1815 nicht gehabt haben. Wie er in Oestreich das Unglaubliche durchgesetzt hat, daß die verschiedenen Nationalitäten dieses Staates sich einmüthig für ihr Kaiserhaus vereinigen, so haben auch die Regierungen der Mittelstaaten einigen Grund, ihm dankbar zu sein, denn er hat ihnen eine Politik aufgenöthigt, die sie der Majorität ihrer Völker

und dem Ausland gegenüber als einflußreiche Factoren des deutschen Staatslebens erscheinen läßt. Der Ministerpräsident hat sich ferner getäuscht, wenn er von seinem Project einer Bundesreform irgend einen Umschwung der öffentlichen Meinung in Preußen und Deutschland erwartete; der Glaube an seine Fähigkeit, eine wirkliche Reform der deutschen Verhältnisse durchzuführen, ist nicht größer geworden.

Aber der Gedanke, unter Waffen mit gerüsteten Heeren über eine neue Organisation Deutschlands zu berathen, oder genauer gesagt, das nationale Bedürfniß darnach in solcher Zeit zu Gunsten Preußens zu verwerthen, ist überhaupt ein fruchtloser. Dem Ministerpräsidenten kann nicht länger entgehen, daß das System, dessen Hauptträger er bis jetzt gewesen, völlig freudlos in Europa steht, daß auch eine Aenderung des Ministeriums unter seinen Auspicien nicht sofort Vertrauen erwecken wird, daß endlich auch solches Vertrauen und aufgeregte Hoffnungen der liberalen Partei in den respectiven Staaten ohnmächtig sind, solange diese Kriegesstimmung dauert und gerüstete Heere bereit stehen, die alten Bundesverhältnisse zu schützen. Wie hoch man die Macht der öffentlichen Meinung anschlagen möge, solange ein Krieg in größter Nähe erwartet wird, vermag sie weder in Volksversammlungen, noch in der Presse, noch in den Landesvertretungen auf die heimischen Regierungen eine wesentliche Einwirkung auszuüben, Pläne nach dieser Richtung kommen viel zu spät oder viel zu früh, sie mögen etwa einer preussischen Einquartierung hier und da besseres Quartier schaffen, weiter nichts. Und man darf sich nicht wundern, wenn das preussische Volk zur Zeit in diesen Projecten nur einen Einfall der Verlegenheit sieht, der aus einer unerträglich Situation helfen soll.

Nicht unwahrscheinlich, daß wir nach dieser Richtung schon in den nächsten Tagen neue Ueberraschungen erleben werden; es steht zu befürchten, daß sie die politische Lage des Staates noch schwieriger machen, es ist keine Hoffnung, daß sie darüber hinausheben.

In Wahrheit liegt für Preußen der nächste Fortschritt nicht in einem deutschen Parlament, sondern er steht bei dem neuen Abgeordnetenhaufe, welches in einer Lage des Staates zusammentreten soll, die gefahrvoller und verantwortlicher kaum gedacht werden kann. Die innern Verhältnisse arg zerrüttet, die deutschen in Auflösung begriffen, die Blüthe des Volkes unter den Waffen, alle Gemüther verdüstert durch Sorge um die Existenz und um das Schicksal des Staates. An Kraft und Patriotismus der preussischen Volksvertreter sind nie höhere Anforderungen gestellt worden.

Das Ministerium hat auch die Landwehr zu den Waffen gerufen und von den heimischen Wahlurnen entfernt. Demungeachtet wird, wenn nicht alles täuscht, die alte oppositionelle Majorität des Abgeordnetenhauses sich wieder versammelt finden. Was die Mitglieder des neuen Hauses beschließen werden, darüber haben wir nur Muthmaßungen, natürlich auch nur für den Fall, daß der Krieg bei Einberufung des Landtages noch nicht ausgebrochen ist.

Das Abgeordnetenhaus wird lebhaft empfinden, mit einem Schmerz, der uns allen an dem Herzen nagt, daß seine Opposition in den letzten Jahren nicht stark genug war, das System zu stürzen, und daß es deshalb, wie ganz Preußen, die Folgen der Regierungspolitik auch auf sein Leben nehmen muß. Es darf sich nicht allen Consequenzen der Vergangenheit entziehen, und es darf nicht alle auf sich nehmen. Ist dem Staate ein Krieg unvermeidlich geworden, so darf es die Mittel, diesen Krieg zu führen, nicht verweigern, und es darf diese Mittel einem System nicht bewilligen, welches der Majorität des Volkes und seiner Vertreter für ungeeignet gilt, das Geschick des Staates zu bestimmen. Es würde also die Aufgabe haben, alle Verhandlungen über Bedarf

und Politik des Staates abhängig zu machen von Einsetzung eines Ministeriums, dem es volles Vertrauen schenken kann.

Wie verlautet, ist die Absicht, nach dieser Richtung einer deutschen oder preußischen Volksvertretung Concessionen zu machen. Die Gerüchte über eine Modification des Ministeriums erhalten sich. Es ist doch wünschenswerth, daß sich das Ministerium nicht auch darüber Illusionen mache. Schwerlich wird es möglich sein, daß irgendein Mitglied des jetzigen Ministeriums, selbst das gewandteste nicht, an einer neuen Regierung theilnehme, welche die gegenwärtige Spannung entweder mit Waffen oder im Wege der Versöhnung zu lösen hat. Wenn ja einzelne Führer der liberalen Partei bereit wären, mit dem Grafen Bismarck ein neues Ministerium zu bilden — was von Keinem glaublich ist — so würden sie ihm und der Regierung nach wenigen Wochen unnützer Ballast werden, weil sie auch bei dem ehrlichsten Willen des Ministerpräsidenten, sich mit alten Gegnern loyal zu stellen, sofort ihr Ansehen und ihren Einfluß auf die Majorität verlieren würden.

Denn zur Beseitigung des Systems genügt in Preußen nicht der Wechsel der functionirenden Minister, sondern eine gänzlich veränderte Stellung des Ministeriums zur Krone. Was schon unter der neuen Aera gefährlich war, hat sich seitdem mit einer Einseitigkeit entwickelt, welche jede volksthümliche Regierung unmöglich macht. Zwischen den Ministern in Preußen ist kein genügender Zusammenhang, jeder von ihnen vertritt vor dem König sein Fach und übt darin je nach seiner Persönlichkeit und der Ansicht der Majestät seine Herrschaft, keiner vermag einen wesentlichen Einfluß auf die Maßnahmen seiner Collegen auszuüben. Sorglich und mit Eifer wird von der höchsten Gewalt jede solche Einmischung des einen in das Fach des andern abgewehrt. Auch Graf Bismarck, der einflussreichste, wird schwerlich gehört, wenn er im Interesse seines Departements für eine militärische oder innere Maßregel plaidirt. Daß bei dieser Methode des Regiments, bei solchem *divide et impera*, eine populäre Regierung nicht möglich wird, ist selbstverständlich. Die Männer, welche gegen die Kammer so stark betont haben, daß sie als Diener Sr. Majestät in ihren Aemtern stehen, sind in der That, wie groß in ihrem Departement ihr Einfluß auf die Krone sein mag, in einer Weise Diener, welche im letzten Grunde mit jeder Verfassung unverträglich ist. Ein Systemwechsel bedeutet in Preußen deshalb vor allem eine andere Stellung der Minister zur Krone, und die Frage, ob Graf Bismarck geeignet ist, einem neuen Ministerium die einzig richtige Grundlage zu geben, auf welcher es bessern kann, muß verneint werden.

Deshalb wird eine Modification des Ministeriums für Preußen nicht ausreichen, selbst wenn der gegenwärtige Vertreter der auswärtigen Politik die liberale Partei dazu brächte, mit ihm zusammen zu gehen. Denn die erste Forderung der neuen Minister müßte doch sein, daß das auswärtige Amt nicht wie bisher geleitet wird.

Unterdeß steht die ganze wehrfähige Mannschaft Preußens unter Gewehr. Es ist jetzt nicht Zeit, die neue Heeresorganisation zu beurtheilen, aber sicher scheint uns, daß grade in dieser Lieblingserschöpfung des Systems eine Gefahr für dasselbe liegt, welche man bei jenem Detroviren nicht geahnt hat.

Zugleich aber ruht auch auf dem Heere jetzt ein großer Theil der guten Hoffnungen für Preußen, welche wir trotz allen diplomatischen Fehlern und Niederlagen seiner Regierung in vertrauem Herzen bewahren. Sollte das Furchtbare unvermeidlich werden, dann wird es bei dem Heere stehen, die Fehler der preußischen Diplomatie wieder zu sühnen. Es wäre nicht zum ersten Male.

G. F.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.
Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. E. Albert in Leipzig.